

Verkehrte Welt - Stellvertretender Abschiebehaftleiter verspricht Entlassung der Abschiebegefangenen

Darmstadt, 15.3.2020

Gestern, Samstag, 14.3.2020, kam es im Darmstädter Abschiebegefängnis zu Protesten der Gefangenen. Nach dem nachmittäglichen Hofgang weigerten sich neun Inhaftierte zurück auf ihre Zellentrakte zu gehen. Unter anderem in Form eines Sitzstreiks und unter lautstarkem Protestieren forderten sie umgehend ihren Richter*innen vorgeführt zu werden sowie ihre umgehende Entlassung aus der Abschiebehaft. Grund dafür war, dass aufgrund des Corona-Virus die Abschiebeflüge der meisten Inhaftierten ausgesetzt wurden, wodurch die Abschiebehaft rechtswidrig und nichtig wurde. Nach etwa drei Stunden des Protests begab sich der zweite stellvertretende Leiter der Abschiebungshafteinrichtung Darmstadt, Herr Neßmann, zu den protestierenden Gefangenen. Laut uns vorliegender Aussagen von Inhaftierten sagte er zu, am Montag alle notwendigen Schritte zur Entlassung der Gefangenen in die Wege zu leiten. Nach dieser Zusage begaben sich die Inhaftierten wieder ins Innere der Haftanstalt.

Wir fordern, diesen Worten nun Taten folgen zu lassen und am Montag alle Inhaftierten zu entlassen. Dies ist aber nur ein erster Schritt.

Dass es jetzt möglich ist, sofort alle Inhaftierten zu entlassen, macht deutlich, wir brauchen diesen Knast nicht. Dieser Tatsache Rechnung zu tragen, bedeutet die sofortige Schließung aller Abschiebehafteinrichtungen und das ersatzlose Streichen aller Abschiebeflüge. Alle bleiben!

Wir sprechen von "verkehrter Welt", weil diese Haltung der Verantwortlichen absolut nicht ins gewohnte Bild passt. Eigentlich wird alles dafür getan, Menschen außer Landes zu schaffen, koste es, was es wolle - ungeachtet jeglicher Menschlichkeit und der Schicksale der Betroffenen. Erst in der vergangenen Woche schreckte man in Hessen / Darmstadt nicht davor zurück, eine (Trans-)Frau* im Darmstädter Abschiebegefängnis, das ein reines Männergefängnis ist, unterzubringen. Dies wurde uns sowohl vom Leiter der AHE, Herrn Kasper, als auch von Inhaftierten bestätigt, nachdem wir zufällig bei einem Besuch im Gefängnis auf diese Person aufmerksam wurden. Auch dieser Vorfall - selbst wenn die Person dort nur für einen Tag inhaftiert gewesen sein sollte - zeigt, dass auch hier in Darmstadt Menschen- und Selbstbestimmungsrechte angeblich "abzuschiebender" Menschen missachtet werden.

Zudem sehen wir starke Parallelen zur verheerenden Situation auf Lesbos (und den anderen Inseln in der Ägäis). Dort spitzt sich die Lage im extremst überfüllten Lager Moria weiter zu. Die dort Festgehaltenen gehören zu der Gruppe von Menschen, die ein extrem hohes Risiko hat, eine Ansteckung nicht zu überleben. Wir schließen uns der vielfach geäußerten Forderung nach einer umgehenden Evakuierung Morias an. Die Menschen müssen sofort von den Inseln geholt und dezentral untergebracht werden, ansonsten ist es nur eine Frage der Zeit, bis Moria aufgrund des Virus zu einem Massengrab wird. Was durch ein Konjunkturprogramm für Unternehmen und Wirtschaft möglich ist, muss zum Schutz von tausenden Menschenleben selbstverständlich sein. Denn #WirHabenPlatz!

Auch die unerträglichen Zuständen seit Beginn dieses Monats an der griechisch-türkischen Grenze, bei der sowohl jedes Menschenrecht als auch geltendes EU-Recht außer Kraft gesetzt und

wortwörtlich mit Füßen getreten wird, sind sofort zu beenden. Die Erpressung Erdogans lässt sich nur dadurch beenden, indem den Menschen an der Grenze die Einreise ermöglicht wird.

Gerade jetzt zeigt sich, wer Zugang zu medizinischer Versorgung und Aufklärung erhält, und wer, u.a. aufgrund rassistischer Abschottungs- und Abschiebepolitik Europas und seiner Nationalstaaten, hierzu keinen Zugang hat. In diesen Zeiten wird dies unvorstellbare, verheerende Folgen haben. Deshalb fordern wir den ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Menschen gleichermaßen, unabhängig von Nationalität, Aufenthaltsstatus und anderem. Gerade in Lagern lebende Menschen hierzulande und außerhalb Deutschlands sind akut gefährdet und werden in den politischen Notfallplänen und ausgerufenen Ausnahmezuständen nicht mitgedacht oder berücksichtigt. Dies muss ein Ende haben und zwar sofort!

Gleiche Rechte für Alle! Zugang zu medizinischer Versorgung und dezentrale menschenwürdige Unterbringung für alle Geflüchteten! Grenzen auf sofort! Schluss jetzt mit dem unnötigen, mörderischen Abschiebe- und Abschottungsregime!

Community for All Darmstadt

Pressesprecherin Dorothea Köhler: 015771584164